

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Dezember 1968

Blatt 3904

Gesperrt bis 17 Uhr:

Wien hofft auf eine WIG 74
=====

Pannonisches Naturschutzgebiet wird prachtvoller Kurpark

20. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute grundsätzlich beschlossen, daß sich die Bundeshauptstadt um eine zweite WIG bewirbt, nämlich um die Internationale Gartenschau im Jahr 1974. Vorgesehen dafür ist das Naturschutzgebiet Ober-Iaa am Fuße des Laaer Berges. Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, die Vorarbeiten einzuleiten und einen internationalen Ideen-Wettbewerb durchzuführen.

Ganz anders als der Donaupark

Die Gemeinde Wien nimmt damit neuerdings eine große Chance rechtzeitig wahr. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß das in Frage stehende 80 Hektar große Gelände auf alle Fälle in Ordnung gebracht werden muß. Dort befindet sich aber auch die Schwefelheilquelle, welche von den Fachleuten als die beste und ergiebigste ihrer Art in Europa bezeichnet wird. Mit einer WIG 74 würde also gleichzeitig der künftige Kurpark geschaffen werden.

Die dortige Landschaft ist äußerst reizvoll. Die Vegetation ist pannonisch und damit ganz verschieden von der im Donaupark. Eine Gartenschau dort würde damit einen vollkommen anderen Charakter tragen als die WIG 64. Dazu kommt, daß dort vier aufgelassene Ziegelteiche liegen, die den Gartenarchitekten einmalige Möglichkeiten bieten.

./.

Mit dem Bundesverband der Erwerbsgärtner Österreichs besteht über dieses Projekt Übereinstimmung. Dieser hat auch bereits Kontakte mit dem Büro für Internationale Ausstellungen hergestellt. Die Bewerbung Wiens - sie ist sicherlich nicht ohne Konkurrenz - muß nämlich so wie Weltausstellungen oder Olympiaden von den internationalen Behörden genehmigt werden. Wäre eine zweite Wiener WIG auch erst im Jahre 1974, so darf dennoch keine Vegetationsperiode versäumt werden, um für das pannonische Klima typische Bäume rechtzeitig pflanzen zu können.

Als Großstadt gleichzeitig Kurstadt

Der Süden von Wien ist für die weitere städtebauliche Entwicklung an und für sich von größter Bedeutung. Wenn es nun gelingt, eine Großstadt gleichzeitig zu einer Kurstadt zu machen, ist dies sensationell. Nicht nur daß zehntausende Wiener und Österreicher, aber auch Ausländer, dort Heilung oder Besserung finden werden, sollen dort auch Hotels, Sportanlagen und viele andere Einrichtungen von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung entstehen.

Nach der musterhaft durchgeführten WIG 64 ist zu hoffen, daß wir nun auch die WIG 74 bekommen werden.

Heute im Fernsehen

Über die WIG 74 sind heute Freitag, um 18.30 Uhr in der Sendung "Österreich-Bild" im ersten Fernsehprogramm Vizebürgermeister Felix Slavik und Baustadtrat Kurt Heller zu sehen und zu hören.

- - -

Budgetdebatte siebenter Tag:Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

20. Dezember (RK) Im ersten Referat des heutigen siebenten und letzten Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus referierte Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ) über das Kapitel XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Die Verwaltungsgruppe XI wird im kommenden Jahr Einnahmen von 89,2 und Ausgaben von 572,2 Millionen Schilling haben. Das bedeutet gegenüber 1968 eine Erhöhung von 3,5 Millionen Schilling auf der Einnahmenseite und von fast 61 Millionen Schilling auf der Ausgabenseite. Im einzelnen steigt der Aufwand der Feuerwehr - hauptsächlich bedingt durch höhere Personalkosten - von 159,2 Millionen auf 174,8 Millionen Schilling. Die Grunderwerbungen sind gegenüber 1968 um 30 Millionen Schilling höher dotiert: 220 Millionen Schilling sind für diese Post vorgesehen.

Der Stadtrat teilte mit, daß heuer bisher 903 Ausländer in Wien die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben. Da sich viele Einbürgerungen auch auf Angehörige erstrecken, kann man annehmen, daß heuer bisher etwa 1.140 Ausländer die österreichische Staatsbürgerschaft erlangt haben. Hintschig korrigierte auch einen weitverbreiteten Irrtum, wonach eine Einbürgerung grundsätzlich schon nach vier Jahren möglich sei: Tatsächlich muß der Bewerber einen unmittelbar vorangehenden Inlandswohnsitz von mindestens zehn Jahren vorweisen.

Die Bevölkerungsentwicklung in Wien

Der Berichterstatter wies auf die ständige Verbesserung der Geburtenbilanz hin, die auch für das heurige Jahr gute Prognosen zuläßt. Der allgemeine Trend ist positiv, und der Zeitpunkt scheint nicht mehr fern, da Geburten- und Sterbefälle einander zahlenmäßig die Waage halten werden.

Hintschig wies den Gemeinderat zum Vergleich auf die bedrückenden Zahlen hin, denen sich Wien vor etwa 13 Jahren gegenüber sah: Damals standen 14.371 Geburten nicht weniger als 25.000 Todesfällen gegenüber.

Magistratsabteilung 62: Vielfältige Aufgaben

Aus dem breitgefächerten Arbeitsprogramm der Magistratsabteilung 62 erwähnte Hintschig unter anderem, daß gegen das Ausländer-Gründerwerbgesetz keine verfassungsrechtlichen Bedenken mehr bestehen, da der Nationalrat vor kurzem beschlossen hat, diese Materie in die Kompetenz der Länder zu übertragen.

Die Gemeindewahlordnung wurde vor kurzem in einigen Punkten geändert; markanteste Änderung ist die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters um ein Jahr. Daher werden bei den Gemeinderatswahlen 1969 die Angehörigen des Jahrganges 1949 bereits zu den Urnen gehen können.

Das Vereinsleben in Wien: Derzeit bestehen in Wien 7.570 Vereine, darunter 1.231 Sparvereine, 1.376 Turn- und Sportvereine und 908 Vereine, die sich auf kulturellem oder wirtschaftlichem Gebiet betätigen. 1968 wurden 296 Vereine angemeldet, 96 wurden aufgelöst.

Gewerbe und administrative Angelegenheiten

Die Situation im Gewerbe: Es unterstreicht den Konzentrationsprozeß, daß (zwischen 1. November 1967 und 31. Oktober 1968) in Wien 6.214 Gewerbe neu begründet und 7.838 beendet wurden. Vergleichszahlen zum Jahr vorher deuten darauf hin, daß sich die strukturellen Umschichtungen und die Konzentrationserscheinungen in der Wiener Wirtschaft immer mehr beschleunigen.

Auch die Besprechungen zur Ausarbeitung der sogenannten "großen Bauordnungsnovelle" gehen weiter. Es ist zu hoffen, daß diese schwierige Arbeit im nächsten Jahr abgeschlossen werden kann. Ein ganzes Bündel von Gesetzesänderungen steht außerdem in Vorbereitung. Sie sind notwendig geworden, um den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde genau abzugrenzen.

Im Begutachtungsverfahren befindet sich der für die Stadt sehr wichtige Entwurf eines Wiener Altstadterhaltungsgesetzes; weitergearbeitet wird am Entwurf eines Landesstraßenverwaltungsgesetzes. In der Magistratsabteilung 65 beschäftigt man sich damit, wesentliche rechtliche Voraussetzungen für den U-Bahn-Bau zu schaffen. Es geht dabei sozusagen um die unterirdische Grundfreimachung für Tunnels und Stationen unter Privatgrund. Dabei ergeben sich neue rechtliche Probleme, die bisher eigentlich noch nie sehr aktuell waren. Es geht um die Frage, wie weit unter die Erdoberfläche der private Grundbesitz reicht. Man könne auf die Rechtsmeinung der Gerichte gespannt sein.

Statistik und Feuerwehr

Die interessantesten Zahlen aus der Arbeit des Statistischen Amtes der Stadt Wien: Ende Oktober dieses Jahres hielt die Zahl der Personenkraftwagen in Wien knapp unter der 300.000er-Marke, nämlich bei 296.317. Insgesamt hat Wien bereits 355.432 Kraftfahrzeuge.

Hinsichtlich des Arbeitsmarktes gelten zwei Feststellungen: Einmal ist der seit einigen Jahren rückläufige Trend in der Beschäftigtenzahl nur mehr in abgeschwächter Form vorhanden. Zum zweiten sind die Auswirkungen des neunten Schuljahres bereits überwunden. Eine Zunahme der Zahl der offenen Stellen für Frauen und eine zahlenmäßige Abnahme der offenen Stellen für Männer ist zu verzeichnen. Die Arbeitslosenziffern sind etwas niedriger als im Vorjahr.

Zum Thema Straßenverkehr: 182 Tote und 9.640 Verletzte sind die traurige Bilanz des letzten Jahres. Durchschnittlich alle 54 Minuten forderte der Straßenverkehr in Wien ein Opfer. Die Zahl der Unfälle ist um 3,6 Prozent gestiegen, allerdings weniger stark als die Zahl der Kraftfahrzeuge.

Die Wiener Feuerwehr

Mit 1.205 Feuerwehrmännern, die abwechselnd Tag und Nacht im Einsatz stehen, wird für die Sicherheit bei Bränden und technischen Notfällen gesorgt. Im übrigen ist das Verhältnis der Zahl der Brände zu den technischen Hilfeleistungen schon seit Jahren auf 1:3 eingependelt. Das bedeutet, daß die Feuerwehr überwiegend zu technischen Hilfeleistungen herangezogen wird. Die Zahl der Einsätze hat sich mit 11.480 gegenüber dem Vorjahr um rund 820 (das sind acht Prozent) neuerlich erhöht. Diese Zahl markiert einen neuen Höchststand.

Im übrigen sind in Wien auch zwei Freiwillige Feuerwehren mit rund 50 Mann aktiv tätig, nämlich in Breitenlee und in Süßenbrunn. Diese beiden Feuerwehren werden im nächsten Jahr Mittel erhalten, um ihre desolaten Gerätehäuser durch Neubauten ersetzen zu können. Der Berichtserstatter erwähnte auch die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Krisenvorsorge: Wien soll in Verteilungssektoren gegliedert werden. Für die Verteilungsaufgaben will man die rathausinterne Elektronenanlage heranziehen; das wird derzeit für den 9. Bezirk erprobt. Auch liegen bei den Magistratischen Bezirksämtern Lebensmittelkarten für den Notfall bereit.

Der Presse- und Informationsdienst

Diese Dienststelle steht jetzt im ersten abgeschlossenen Jahr ihrer Tätigkeit. Sie setzt sich im wesentlichen aus der ehemaligen Pressestelle, dem Referat für Sonderaufgaben der Stadtbaudirektion und sonstigen Stellen der Stadtverwaltung zusammen, deren Tätigkeit ebenfalls als Öffentlichkeitsarbeit anzusehen war. Neue Agenden sind hinzugekommen, wie etwa die "Rathaus-Information" in der Schmidt-Halle, die heute schon von vielen Wienern in Anspruch genommen wird. Durch die Übersiedlung des Presse- und Informationsdienstes in die im Forum-Gebäude gemieteten Räume sind viele organisatorische Probleme weitgehend gelöst worden.

Zur weiteren Information der Wiener Bevölkerung wurden fallweise in den wichtigsten Zeitungen Widmungsseiten eingeschaltet, wie im Falle der Ankündigung der Polioschutzimpfung und der Rundfahrten "Neues Wien". Eine nähere Information der Wiener erfolgte auch durch Postwurfsendungen, wie z.B. bei der Verlautbarung der näheren Einzelheiten über den "Wiener Wohnbaufonds" oder des "Tages der offenen Tür". Die Werbesendung der Stadtverwaltung an jedem Wochentag um 7 Uhr früh wird im kommenden Jahr höheren Informationsgehalt haben, und auch in ihrer sonstigen Gestaltung wird sie etwas anders sein.

Die Kontakte zu den Kommunalberichterstattem wurden wesentlich verbessert. Das Sitzungszimmer im Presseforum ermöglicht eine laufende Serie von Pressekonferenzen und Informationsgesprächen. Eine der vom Presse- und Informationsgesprächen veranstalteten Pressefahrten führte die Kommunalberichterstatte nach München, um dort ähnlich gelagerte Probleme zu studieren.

Das Amtsblatt "Stadt Wien" erscheint seit Anfang dieses Jahres als illustriertes kommunales Wochenblatt, in dem ein eigener amtlicher Teil enthalten ist. Die Auflage beträgt gegenwärtig rund 9.000 Exemplare. Vergangenen Monat ist außer der Reihe eine Sondernummer der "Stadt Wien" unter dem Titel "1918 - 1968" erschienen.

Heuer wurde zum ersten Mal auch das Plakat als Informationsmittel über kommunale Probleme eingesetzt, und zwar sowohl auf großen Plakatwänden als auch in den städtischen Verkehrsmitteln. Vom Niveau dieser Plakate zeugt, daß zwei davon als künstlerisch wertvoll prämiert wurden.

Im kommenden Jahr soll die Tätigkeit des Presse- und Informationsdienstes der Stadt verstärkt werden. Im Voranschlag für das 11. Hauptstück sind für 1969 daher an Einnahmen 4,950.000 Schilling und an Ausgaben 23,025.800 Schilling vorgesehen.

Präsidialaufgaben

Zeugnis für die Geltung Wiens in der Welt gibt der große Veranstaltungs- und Kongreßkalender. Zu den bedeutendsten dieses Jahres zählten die UN-Konferenz, der Philosophen-Kongreß und jener für Hochenergie-Physik. Das Präsidialbüro hat 1968 bisher 356 Empfänge veranstaltet und konnte bedeutende Staatsbesuche verzeichnen.

An Hochzeitsjubilaren konnten wir 15 Eiserne, 85 Diamantene und 965 Goldene Hochzeiter ehren.

Grundtransaktionen

Der Erwerb von geeigneten Grundstücken ist für unsere Stadt von großer Bedeutung, hängen doch davon alle unsere Planungen für die Zukunft ab. Wir müssen nicht nur die nötigen Gründe für den sozialen Wohnbau bereitstellen, sondern auch für die Schaffung von Grünflächen, Schulen, Kindergärten, Einkaufszentren, Spiel- und Sportplätzen, Volksbildungshäusern, Verkehrsflächen und nicht zuletzt müssen wir auch für den Raumbedarf unserer Wirtschaft sorgen.

Damit sich die Stadt in sinnvoller und organischer Weise erweitern kann, brauchen wir die Festlegung und Erschließung großer neuer Baugebiete in den Entwicklungsgebieten, also vor allem im Süden und jenseits der Donau. Voraussetzung für die planvolle Nutzung und Bebauung dieser Gebiete ist eine neue Bodenordnung. Wir brauchen Handhaben, die es der öffentlichen Hand und den Trägern von öffentlichen oder allgemeinen Interessen gestatten, die erforderlichen Grundstücke zu erwerben. Die derzeitigen Gesetze und Arbeitsmethoden in Sachen Bauland und Bodenordnung sind nur ein höchst unzureichendes Rüstzeug für die künftigen Aufgaben. Das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz wurde auf Bundesebene noch immer nicht erledigt.

Das Fehlen entsprechender bundesgesetzlicher Grundlagen hat zur Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Wiener Baulandsteuergesetz geführt, dessen Ziel vor allem die Erzeugung von jährlich einer Million Quadratmeter aufgeschlossenes Bauland ist. Die durch Flächenwidmung und AufschlieÙung erzielte Aufwertung, der dadurch erst bebaubar gewordenen Grundstücke, die bisher einzelnen Grundeigentümern zugute kam, soll nur teilweise abgeschöpft werden. Diese Steuer soll der Finanzierung der Aufschließungskosten dienen. Alle sachlichen Einwände der zuständigen Stellen sollen geprüft und der Entwurf dann nochmals überarbeitet werden.

Mehr Enteignungen

Enteignungen: Die Stadt Wien hat in jedem Fall, in dem ein Grundstück für öffentliche Zwecke benötigt wurde, zunächst versucht, eine gütliche Einigung zu erreichen. Sie wird dies auch in Zukunft tun, kann es jedoch nicht dulden, daß sich Einzelne auf Kosten der Allgemeinheit bereichern. Wir werden uns nicht davor scheuen, notfalls in verstärktem Maße Enteignungsverfahren einzuleiten, wenn es gilt, Vorhaben im öffentlichen Interesse durchzuführen und wenn die notwendigen Grundkäufe durch übermäßige Preisforderungen in Frage gestellt sind. Das sind wir dem Wiener Steuerzahler schuldig. Was wir brauchen, ist eine Beschleunigung des Enteignungsverfahrens und eine Erweiterung der Enteignungsmöglichkeiten. Diese Möglichkeiten müßten auch für Vorhaben privater Bauherren offen sein, wenn die Vorhaben im öffentlichen Interesse liegen. Einzig und allein maßgebend wäre die Feststellung des öffentlichen Interesses durch eine dafür berufene demokratische Körperschaft. Ähnliche Verfahren brauchen wir auch zur Durchsetzung von Umlegungen.

Insgesamt wurden heuer 55,743.697 Quadratmeter Grund erworben, davon liegen 54,516.196 außerhalb Wiens. In den äußeren Bezirken können Grunderwerbungen noch zu verhältnismäßig günstigen Preisen erfolgen. In den inneren Bezirken jedoch mußte man sich in erster Linie aus Mangel an freien Baugründen auf den Kauf von Althäusern in den Assanierungsgebieten beschränken und auf vereinzelt noch vorhandene Bauplätze.

Grunderwerbungen waren auch für den Bau des Krankenhauses Wien-Ost erforderlich, für Friedhofserweiterungen, Bachregulierungen und vor allen Dingen auch in den Quellschutzgebieten. So wurde zum Beispiel das Pfannbauerngut mit rund 59 Hektar um 3,6 Millionen Schilling erworben. Dadurch wurde der Bau der Ringleitung von der II. Hochquellenleitung zur ersten erst ermöglicht. In den letzten Tagen konnte der Kauf des Gschöder-Gutes im Hochschwabgebiet und die Absiedlung des Binder-Wirtes in Hinternaßwald erfolgen.

Der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Stärkung der Wirtschaftskraft Wiens dient die Förderung von Betriebserweiterungen und Industrieansiedlungen. Hierher gehört der Ankauf der Trautzl-Gründe im 21. Bezirk im Ausmaß von 112.000 Quadratmeter um rund 16,7 Millionen Schilling. Auch im 21. Bezirk konnten Grundstücke zur Betriebsgründung zur Verfügung gestellt werden. 288.000 Quadratmeter Grund wurden am Bisamberg gekauft, für Wohnbauten wurden unter anderem 22.000 Quadratmeter im 12. Bezirk und 28.900 Quadratmeter im 13. Bezirk gekauft. Für das Sportzentrum-West wurde ein 30.000 Quadratmeter großes Grundstück erworben.

In den zur Begutachtung ausgesandten Teilen der Bauordnungsnovelle bilden die Fragen der Bodenordnung, Baulandbeschaffung und Stadterneuerung nur einen, aber sehr wichtigen Teil. Was wir mit unserer neuen Bauordnung gestatten oder verbieten, all das wird uns und unseren Nachfolgern bald in der Gestalt konkreter Bauwerke entgegentreten. Mit der Bauordnung können wir zwar keine moderne, gute, humane und soziale Architektur, und keinen ebensolchen Städtebau schaffen. Sie muß aber so sein, daß keinesfalls Lösungen verhindert werden, die den Erfordernissen der Gegenwart und der Zukunft entsprechen. Es sollen daher alle zuständigen und interessierten Kreise an der Vorbereitung der neuen Bauordnung mitwirken.

Abschließend dankt Stadtrat Hintschig seinem Vorgänger, Rudolf Sigmund für die Hilfe und Unterstützung anlässlich der Amtsübergabe.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Budgetdebatte siebenter Tag:

Wirtschaftsplan der Stadtwerke
=====

20. Dezember (RK) Im letzten Referat des heutigen siebenten und letzten Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus berichtete Stadträtin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1969.

Für das nächste Jahr rechnen die Stadtwerke mit Erträgen von 5,1 Milliarden Schilling und mit Aufwendungen von 5,5 Milliarden Schilling. Daraus ergibt sich ein präliminierter Verlust von 408 Millionen Schilling.

Für diesen voraussichtlichen Verlust sind mehrere Faktoren verantwortlich. Sie sind teils temporärer, teils struktureller Art und liegen vor allem im Personalaufwand, der sich für die Wiener Stadtwerke gegenüber dem Voranschlag 1968 um insgesamt 290 Millionen Schilling erhöht hat. Der Steigerungsprozentsatz liegt höher als bei der Hohoitsverwaltung. Höher liegt aber auch der Personalkostenanteil, gemessen an den Gesamtaufwendungen. Naturgemäß haben die Verkehrsbetriebe, bei denen der Personalaufwand nur zu zwei Dritteln durch Beförderungserlöse gedeckt ist und der im nächsten Jahr rund 65 Prozent der Gesamtaufwendungen ausmachen wird, den Löwenanteil daran.

Die Rationalisierungsbemühungen unserer Verkehrsbetriebe sind darum nicht weniger erfolgreich: Allein die Einführung der schaffnerlosen Beiwagen und Entwerter, sowie der Einmannbetrieb bei Autobussen bringt bis 1969 eine Ersparnis von 360 Bediensteten! Ein Teil davon, nämlich 155 Personen, wird durch die mit der Gewerkschaft vereinbarte Neuregelung der sogenannten "zusatzfreien Tage" allerdings wieder benötigt.

Für den Verlust des Jahres 1969 ist aber auch die meteorologische Situation verantwortlich. Überdurchschnittlich warme und kurze Winter haben dazu geführt, daß die Umsätze unserer Gaswerke hinter den Erwartungen zurückblieben.

Strukturell verantwortlich für die ungünstige wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke ist die bekannte unzureichende Ausstattung mit Eigenkapital. Die hohe Schuldenlast bewirkt 1969 für Tilgungsverpflichtungen und Zinsen einen Aufwand von rund 440 Millionen Schilling.

Dennoch: eine Milliarde Investition

Durch verschiedene Finanzoperationen ist es den Wiener Stadtwerken dennoch möglich, im Jahre 1969 Investitionen von 1,041 Milliarden Schilling vorzusehen. Dieses Investitionsvolumen liegt zwar um zwei Prozent über dem Präliminare 1968, bleibt absolut jedoch um 370 Millionen Schilling hinter den tatsächlichen Investitionen des Jahres 1967 zurück.

Es ist für 1969 also wieder gelungen, mit der Hoheitsverwaltung Entlastungsmaßnahmen für die Wiener Stadtwerke zu vereinbaren. Die wirtschaftlichen Realitäten sehen jedoch hart genug aus: Die Elektrizitätswerke benötigen selbst namhafte Investitionsmittel, um den Ausbau ihrer Erzeugungsanlagen und Netze entsprechend der Strombedarfszunahme so voranzutreiben, daß die mit der Verbundgesellschaft vereinbarte und für die Gesamtlage der Wiener Stadtwerke bedeutsame Quote von zwei Drittel Eigenerzeugung gehalten werden kann.

Für die Gaswerke erwachsen aus der beabsichtigten Umstellung auf Direktversorgung mit dem höherwertigen Erdgas gleichfalls namhafte Investitionserfordernisse. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den ersten Jahren der Umstellung zu den Kosten der unerläßlichen Rohrnetzsanierung auch noch Investitionen bei der Stadtgaserzeugung kommen müssen, um vor allem den Heizgasbedarf decken zu können. Bei den Verkehrsbetrieben ist anzuführen, daß sie durch ihre Sozialtarife Mindereinnahmen haben, die für 1969 mit 304 Millionen Schilling errechnet wurden. Sie tragen weiter Altpensionslasten von 205 Millionen Schilling, für die keinerlei Deckungskapital vorhanden ist. Die Verkehrsbetriebe werden nicht in der Lage sein, ihre Ende 1968 mit 2,2 Milliarden Schilling ausgewiesenen langfristigen Verbindlichkeiten selbst zu tilgen.

Das gemeinsame Bemühen von Finanzverwaltung und Wiener Stadtwerken muß daher in der Zukunft darauf gerichtet werden, das Unternehmen von jenem Fremdkapital zu entlasten, dessen Amortisation, Tilgung und Verzinsung es aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht verdienen kann.

E-Werke neues Kraftwerk

Die Elektrizitätswerke werden 1969 die Arbeiten für den neuen Block 6 im Dampfkraftwerk Simmering fortsetzen. Mit der Druckprobe am Dampfkessel kann Ende September 1969 gerechnet werden, und auch der Schornstein wird mit Einbringung seiner Stahlseele im nächsten Jahr fertiggestellt sein. Durch den Block 6 wird aber auch der Bau eines neuen Heizöl-Großbehälters für 40.000 Kubikmeter erforderlich.

Dank des jüngsten Beschlusses des Wiener Gemeinderates können die Elektrizitätswerke im nächsten Jahr auch mit den Projektierungsarbeiten für ein neues Kraftwerk beginnen. Diese neue 150 MW-Anlage auf Heizöl- und Erdgas-Basis soll einerseits die alten Anlagen des Werkes 1 in Simmering ersetzen und andererseits die zur Deckung der steten Bedarfssteigerung nötige Erhöhung der installierten Leistung bringen. Gegenwärtig wird auch die Frage geprüft, ob die Wärmeversorgung des künftigen UN-Zentrums im Donaupark sinnvollerweise vom neuen Kraftwerk aus erfolgen soll.

Dringend notwendig ist auch ein neues Umspannwerk für die Versorgung des 1. Bezirkes. Die Umspannwerke Michelbauern, Favoriten und West werden auf 10 kV ausgebaut.

Für 1969 rechnen die E-Werke mit 30.000 Neuanschlüssen bzw. Erweiterungen, vor allem für Nachtspeicherheizungen. Gegenwärtig sind in Wien rund 36.005 Nachtspeicheröfen angeschlossen.

Gaswerke vor Erdgas-Umstellung

Mit der geplanten Umstellung des Wiener Versorgungsgebietes auf das höherwertige Erdgas soll vor allem eine Verdoppelung der Kapazität des bestehenden Rohrnetzes ohne die von der Bevölkerung gefürchteten Aufgrabungen und ohne namhafte zusätzliche Kosten erreicht werden. Dadurch werden auch wesentliche Anschlußhindernisse für Gasheizungen aller Art wegfallen und obendrein wird der Industrie der wertvolle Rohstoff in größerem Umfang als bisher zur Verfügung stehen.

Mit der direkten Erdgasabgabe wird aber auch - von den üblichen Netzverlusten abgesehen - die volle Energiemenge den Kunden erreichen, während bei allen Verfahren zur Erzeugung von Stadtgas Energieverluste von zehn Prozent und mehr in Kauf genommen werden müssen.

Diese Umstellaktion wird mindestens 15 Jahre dauern. Es ist beabsichtigt, den Wärmepreis für Erdgas niedriger anzusetzen als den für Stadtgas, um dem Erdgas eine möglichst breite Verwendungsmöglichkeit zu sichern. 1969 wird zunächst Stammersdorf als Testgebiet auf reine Erdgasversorgung umgestellt werden.

Gespräche mit der Installateurinnung, mit den Geräteherzeugern und Umstellfirmen sind im Gange. Sie alle dienen dem Ziel, den Zeitraum der Umstellung möglichst zu raffen, den Geräteumbau und -umtausch für die Kunden möglichst rasch und preiswert zu gestalten und die von seiten der Gaswerke zu treffenden Maßnahmen entsprechend zu planen.

Neben dieser Umstellaktion ist der Bau einer neuen Spaltanlage im Werk Leopoldau geplant. Bei ihrer Inbetriebnahme im Jahre 1971 werden die alten Spaltanlagen - die ersten auf unserem Kontinent - abbruchreif sein. Die neue Anlage wird weitgehend automatisiert sein, so daß praktisch alle Einstellungen von der Meßwarte aus erfolgen und Bedienungspersonal eingespart werden kann.

Der Neubau einer Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik steht im Zusammenhang mit der Umstellung von Stadtgas auf Erdgas. Ein Arbeitsgebiet wird nämlich die Vorbereitung für die Geräteumstellung, die Klassifizierung der Umbauwürdigkeit von Gasgeräten, die Eignungsprüfung von Dichtungsmaterialien für Erdgas etc. umfassen.

Die Verkehrsbetriebe im Zeichen der U-Bahn

Nach der raschen Einigung mit dem Finanzminister kann der Wiener Gemeinderat die noch nötigen Beschlüsse fassen. Die Verkehrsbetriebe sind gerüstet: In zähen Verhandlungen mit der heimischen Waggonbauindustrie wurde eine befriedigende Regelung gefunden, die der heimischen Wirtschaft den Auftrag sichert und dem Steuerzahler zumutbar ist. Der U-Bahn-Wagen wird daher in Kürze in Auftrag gegeben werden.

Für die Verkehrsbetriebe und ihre Fahrgäste stellt sich nun die große Frage: Wie kann die Zeit bis zur U-Bahn bewältigt werden? Schon im nächsten Jahr werden sich die Verkehrsbetriebe den Umleitungen rund um die Baustelle Karlsplatz anpassen müssen. Bei allen Bau- und Verkehrsmaßnahmen muß im Interesse der Vernunft die Rangordnung Massenverkehr - Wirtschaftsverkehr - Individualverkehr lauten.

Es ist den Verkehrsbetrieben bewußt, daß sie, wenn man sie betrieblich leistungsfähig erhält, während der Baumaßnahmen für die U-Bahn die Chance haben, Pkw-Fahrer als Fahrgäste rückzugewinnen. Sie werden daher gesteigertes Augenmerk auf die Attraktivität des Massenverkehrs legen. So darf es durch den U-Bahn-Bau keinen Investitionsstop bei der Modernisierung des Wagenparks geben.

111 Millionen Schilling stehen 1969 für die Anschaffung moderner Straßenbahnwagen zur Verfügung; weitere 10 Millionen Schilling für fünf Autobusse einer neuen Type (U 7), die für die Bergstrecken der Autobuslinien 21 und 49 speziell ausgerüstet ist, und für acht Autobusse der Type U 10, die für Verbesserungen im Autobusnetz - Umstellung der Linie 80, Verlängerung des 60 A und Neueinführung der Linie 26 - erforderlich sind.

30 Autobusse der Type U 10, für schaffnerlosen Betrieb und mit Fahrscheinentwertern eingerichtet, werden im Einmannbetrieb auf den Linien 57, 66 A und 72 eingesetzt. Bisher sind 100 Autobusse auf Gasmischbetrieb umgebaut. Für 1969 ist vorgesehen, weitere 40 Autobusse umzubauen. Auch wenn der Gasmischbetrieb in erster Linie eine wirtschaftliche Maßnahme ist, so ist eine Rußfahne am Autobus auch vom Standpunkt der Attraktivität des Massenverkehrs unerwünscht.

Die Zahl der 228 schaffnerlosen Beiwagen soll im nächsten Jahr auf 301 erhöht werden. Zu den vorhandenen 280 sollen weitere 165 Fahrscheinentwerter kommen. Damit wird es möglich sein, die Linien 0, 66 und 167 mit schaffnerlosen Vierachsbeiwagen auszurüsten.

Der Modernisierung des Winterbetriebes dient die Steigerung der elektrisch geheizten Weichen auf 200, aber auch die Anschaffung von Streusandgeräten und modernen Schneeräumgeräten. Wenn der Fahrgast sicher sein kann, daß die öffentlichen Verkehrsmittel immer einsatzbereit sind, wird er sich ihrer auch bedienen.

Das Verkehrsbauwerk Matzleinsdorfer Platz, das den Verkehrsbetrieben schon im heurigen Jahr als Sacheinlage von der Finanzverwaltung übertragen wird, bringt den Fahrgästen fünf neue bequeme unterirdische Haltestellen. Sie sind natürlich mit Rolltreppen ausgestattet!

Weitere Verkehrsverbesserungen in Form von besseren Umsteigerelationen wird der Umbau der Lobkowitzbrücke und etwa ein Jahr später die neue Stadtbahnhaltestelle Meidling bringen. Ebenfalls 1970, bei Fertigstellung der Ostbahnunterführung, wird die Linie 16 nach Stadlau verlängert, wobei die Trasse die neuen Besiedlungsschwerpunkte berücksichtigt. Für 1969 ist ferner vorgesehen, die Autobuslinien 30 A zur Ödenburger Straße, 40 zur Felix Dahn-Straße und 60 A bis Maurer Berg zu verlängern.

Tramway- und Busverspätungen kosten 25 Millionen

Ein großes Problem ist die Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit des öffentlichen Verkehrs. Die Verkehrsbetriebe haben die wirtschaftlichen Auswirkungen der Verkehrsbehinderungen rechnerisch erfaßt: Im Straßenbahnbetrieb entfielen vom 1. Juli 1967 bis 30. Juni 1968 insgesamt 6.129 Fahrten, 11.780 Fahrten mußten gekürzt werden. Im Autobusbetrieb entfielen 6.567 Fahrten und 3.647 Fahrten mußten gekürzt werden. Das Verspätungsausmaß auf den innerstädtischen Autobuslinien ist gegenwärtig dreimal so groß wie auf den Straßenbahnlinien. (Gezählt wurden Verspätungen von 10 bis 40 Minuten.)

Die entfallenen Fahrten entsprechen insgesamt 251.400 Nutzkilometern oder 2.580 Fahrdienstschichten. Beziffert man den Schaden, den die Wiener Verkehrsbetriebe im genannten Zeitraum durch die vom Individualverkehr verursachten Verkehrsbehinderungen erlitten vorsichtig, so ergibt sich für verlorenen Personalaufwand, für den notwendigen Ausgleich von Störungen und Verspätungen und durch Einnahmeentfall ein Betrag von rund 25 Millionen Schilling!

Adaptierte Aufbahrungshallen

Die Bestattung wird 2,3 Millionen Schilling für die Ausgestaltung von Friedhofs-Aufbahrungshallen aufwenden: für die Feuerhalle Simmering, die Urnenaufbahrung in der Halle I des Zentralfriedhofes und die Aufbahrungshalle Hietzing. Weitere Aufwendungen sind für die laufende Verbesserung und Rationalisierung des Kraftwagenbetriebes erforderlich.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien im Jänner
 =====

20. Dezember (RK)

Historisches Museum der Stadt Wien, 4, Karlsplatz

Mittwoch,	1. Jänner	10 Uhr	Lied und Volksmusik in Wien (Dr.Herzner)
Montag,	6. Jänner	10 Uhr	Lied und Volksmusik in Wien (Dr.Herzner) (letzte Führung)
Samstag,	11. Jänner	15 Uhr	Wiener Volksleben (Dr.Kaut)
Sonntag,	12. Jänner	10 Uhr	Handwerk und Gewerbe in Wien (Dr.Kaut)
		11 Uhr	Das Legionslager Vindobona (Prof.Dr.Neumann)
Samstag,	18. Jänner	15 Uhr	Das mittelalterliche Wien (Dr.Düriegl)
Sonntag,	19. Jänner	10 Uhr	Die Türkenbelagerungen Wiens (Dr.Düriegl)
		11 Uhr	Das Legionslager Vindobona (Prof.Dr.Neumann)
Samstag,	25. Jänner	15 Uhr	Wien im 19. Jahrhundert (Dr.Bisanz)
Sonntag,	26. Jänner	10 Uhr	Wien im 20. Jahrhundert (Dr.Bisanz)
		11 Uhr	Das Legionslager Vindobona (Prof.Dr.Neumann)

Uhrenmuseum, 1, Schulhof 2

Samstag,	4. Jänner	9.30 Uhr	Wiener Uhren aus drei Jahrhunderten (Heinrich Lunardi)
		10.30 Uhr	Automaten und Musikuhren (mit Vor- führungen) (Heinrich Lunardi)
Sonntag,	5. Jänner	9.30 Uhr	Die Entwicklung der Räderuhren (Heinrich Lunardi)
		10.30 Uhr	Automaten und Musikuhren (mit Vor- führungen) (Heinrich Lunardi)

Römische Ruinen unter dem Hohen Markt, 1, Hoher Markt

Am 12., 19. und 26. Jänner um 9.30 Uhr Übersichtsführung
(Prof.Dr. Neumann).

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung für das Historische Museum der Stadt Wien unter der Nummer 42 804/Klappe 741-46, für das Uhrenmuseum unter der Nummer 63 22 65. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

Empfang für Wiener Olympiateilnehmer
=====

20. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing gestern abend im Rathaus im Beisein von Mitgliedern des Stadtsenates, des Gemeinderates und vieler Ehrengäste die erfolgreichen Wiener Teilnehmer bei den Olympischen Sommerspielen Mexico-City 1968.

Der Bürgermeister richtete dabei an die Sportler folgende Worte: "Liebe Sportler! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, heute im Wiener Rathaus jene Damen und Herren, die die Bundeshauptstadt Wien im Rahmen der gesamtösterreichischen Mannschaft bei den 19. Olympischen Spielen in Mexico vertreten haben, herzlich willkommen heißen zu können. Die Zeit ist nicht stehengeblieben, und so können wir heute die letzten Olympischen Spiele schon aus einiger Entfernung betrachten. Obwohl die Wettkämpfe, wie behauptet wurde, zu den umstrittensten zählten, die die Sportgeschichte kennt, wurden sie dennoch in Freundschaft durchgeführt und wurden dadurch zu einem echten Beitrag zum Frieden in dieser Welt. Wir wissen, welche Entbehrungen ein Sportler auf sich nehmen muß, um zur Elite zu gehören und können daher die Leistungen jedes einzelnen, egal ob er nun Medaillengewinner war oder nicht, sein Bestes bei den Wettbewerben gab oder als Trainer die Grundlage für das Können seiner Schützlinge legte, richtig einschätzen. Eines glaube ich sagen zu können, daß gerade die Sportler der kleinen Staaten, wie zum Beispiel Sie, meine Damen und Herren, am sichersten die Bestimmungen bezüglich des Amateurstatus erfüllen. Dabei scheint es mir primär nicht darauf anzukommen, ob formal dieser Vorschrift entsprochen wurde, sondern vielmehr ob die Moral der olympischen Idee entspricht.

Wir alle haben mit großer Freude die Nachricht vernommen, daß eine ganze Reihe von Wiener Sportlern auf den vorderen Plätzen zu finden waren, hier allen voran der Paddelsportler Gerhard Seibold, der im Teamwork mit seinem Sportkameraden Pfaff einen dritten Platz belegen konnte. Aber auch den Fechter Herbert Polzhuber, Helmut Hediger im Paddeln, die Schwimmerin Fräulein Fillipovics, den Gewichtheber Kurt Pittner,

die Turmspringerin Ingeborg Pertmayr sowie den Speerwerfer Walter Pektor, die sich alle unter den zehn Besten dieser Weltspiele placieren konnten, darf ich hier ganz besonders lobend erwähnen. Nicht minder groß - und das möchte ich besonders betonen - war aber auch unsere Freude und unser Stolz über jene Teilnehmer, denen es nicht gelungen ist, zu reüssieren. Ihnen zollen wir um nichts weniger unsere Bewunderung. Denn wenn man feststellen muß, daß heute Differenzen zwischen Sieg und Niederlage schon in Tausendsteln von Sekunden sich ausdrücken, kann man verstehen, wie sehr es oft auch auf ein bißchen Glück ankommt, um als Sieger auf dem Podest stehen zu können. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß die Wiener Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles erdenkliche tut, um den Sport zu fördern. Wien mit seinen rund 1.400 Vereinen und etwa einer Viertel Million Sporttreibenden kann natürlich den Einzelnen nicht jene Unterstützung bieten, wie etwa ein kleiner Ort oder eine kleine Stadt, in denen oft nur eine Sportart leistungsstark vertreten ist. Dennoch unternehmen wir die größten Anstrengungen. Dies beweisen nicht nur die immer neuen Sportstättenbauten, Jugendförderungsaktionen und die kostenlose Überlassung der Übungsstätten - sondern auch das Bemühen die erfolgreichsten Vertreter des Sports aus der Masse herauszuheben - sei es durch Verleihung eines Sportehrenzeichens oder spezielle Ehrungen, wie beispielsweise heute. Den Sportfunktionären darf ich an dieser Stelle unseren ganz besonderen Dank abstatten, ist es doch ihr Verdienst, daß es in diesem Lande überhaupt eine derart breite Sportbewegung gibt, auf der sich diese imposante Spitze entwickeln konnte. Nicht zuletzt ihrer nimmermüden und selbstlosen Tätigkeit ist es zuzuschreiben, daß wir so erfolgreich bestehen konnten. Erlauben Sie, daß ich hier eine vor wenigen Tagen anlässlich der Verleihung des Wiener Sportehrenzeichens ausgesprochene Bitte wiederhole und Sie ersuche, mitzuwirken, der Sportbewegung durch Ihr Wissen und Können eine möglichst breite Basis zu geben. Ich darf feststellen, daß die Wiener Stadtverwaltung durch eine bedeutende Erhöhung der Sportförderungsmittel aber auch durch verschiedene Jugendsportaktionen das Ihre dazu beitragen wird.

Abschließend überreichte der Bürgermeister den Sportlern eine Ehrengabe und das soeben im Bundesverlag erschienene Olympia-Buch.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Allgemeine Verwaltung

=====

20. Dezember (RK) GR. Karger (KLS): Nach wie vor fehlt ein Grunderwerbs- und Assanierungsgesetz. Immer noch gehen Wiener Steuergelder an Grundstückspekulanten, obendrein wird auch noch Zeit verschwendet. Er erinnert an das Tauziehen um die Gründe des Kinderfreibades in der Loeschenkohl-gasse. Jede Partei habe natürlich das Recht, ihre Interessentengruppen zu vertreten, aber wenn man von der Regierungspartei im Parlament schon nur erwarten kann, daß sie den Privatinteressen den Vorrang einräumt, so könnte man von der Mehrheitspartei im Rathaus doch eher das Gegenteil erhoffen.

Wahlgesetze wären zwar schon in der Landtagsdebatte abgehandelt worden, dennoch könne man die Frage der Bezirksvertretungen nicht oft genug aufwerfen. Den großen Umschichtungen in der Bevölkerung müßte Rechnung getragen werden. Man sollte Teilungen vornehmen, um nicht stadtähnliche Riesenbezirke zu haben und den Vertretungen Aufgaben sowie Kompetenzen übertragen. Jetzt seien sie nur Staffage.

MA 66: Die Statistik sei gut, biete aber zuwenig Material über Ausstattung und Belag von Wohnungen sowie über die Wirtschaftsstruktur. GR. Karger sagte, seine Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen Publikationen, aber gegen Machwerke auf Kosten der Steuerzahler, wie etwa ein Werbefilm mit einer läppischen Story, der dann zum Glück wenigstens nicht gedreht wurde.

Was die Feuerwehr betrifft, stellte Karger die Frage, ob das Gerücht von einer beabsichtigten Auflassung der Feuerwache Kahlenberg und ihrer Eingliederung in die Feuerwache Brigittenau der Wahrheit entspreche. Seine Fraktion werde den Ansätzen des XI. Hauptstückes nicht zustimmen.

Nächster Redner war GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Er dankte einleitend Stadtrat Hintschig für die Neuveröffentlichung der Wiener Stadtverfassung und bezeichnete diese als einen wertvollen Arbeitsbehelf für Mandatäre und Beamte. Außerdem sprach er sich für die Aufwertung der Bezirksvertretungen aus, denen eine beratende Funktion und das Recht zur Stellungnahme in konkreten Fragen - etwa beim Budget - zuerkannt werden solle.

Die Ansätze für Grundankäufe seien viel zu gering und widersprüchen dem Grundsatz der Budgetwahrheit, meinte der Redner. Seit 1962 seien um rund 2 Milliarden Ankäufe getätigt worden, doch in den Ansätzen dieser Jahre sei nur etwa die Hälfte des Betrages zu finden gewesen.

Den Presse- und Informationsdienst bezeichnete der Redner als ein "Propagandaamt". Sineetwegen habe die FPÖ 1967 im vorigen Jahr zum erstenmal seit langer Zeit den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI nicht zugestimmt. Der Redner zitierte seine vorjährigen Äußerungen mit der Befürchtung, daß von dieser Dienststelle aus Parteipropaganda getrieben werden könnte.

Diese Befürchtung, sagte Hirnschall, habe sich mittlerweile erfüllt. Hirnschall verglich die Informationsarbeit der Gemeinde Wien mit der des Bundes und resümierte: "Was dem einen sein schwarzer Pisa, ist dem andern sein roter Krebs!" (OMR. Dr. Helmut Krebs, Leiter des Informationsdienstes. Anmerkung der Redaktion).

Die Tätigkeit des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien bestand beispielsweise im Plakatkrieg zwischen Gemeinde und Bund über die Wohnbaumittel. Die Kosten dafür, die vom Steuerzahler beglichen werden müssen, betragen eine Million Schilling und müssen wohl als verpulvert bezeichnet werden.

Über die geringe Werbung der Postwurfsendungen ist sich eigentlich jedermann klar. Dennoch wurden zunächst zwei solche Sendungen durchgeführt, wobei der Aufwand pro Sendung 580.000 Schilling Druckkosten und 150.000 Schilling Versandkosten betragen. Dennoch entschloß man sich am 18. November in der Gemeinderatssitzung einstimmig zur Herstellung einer dritten Postwurfsendung, um die angeblich positiven Gefühle bei der Wiener Bevölkerung weiter zu vertiefen. Zusätzliche Kosten: 750.000 Schilling.

Die Fortsetzung der Tramwaystory - Kostenpunkt eine Million Schilling - hätte eine Ergänzung erfahren sollen. Es hätte die im Oktober beginnende Vorabendsendung im Fernsehprogramm unter dem Titel "Hotel Österreich" sein sollen, für die nicht weniger als 4,5 Millionen Schilling bezahlt hätte werden müssen. Das Niveau des "Hotel Österreich" ist allen hier Anwesenden bekannt und die Stadt Wien hatte nur das Glück, daß die Sendung dem Fernsehen zu schlecht war und man sich daher weigerte, sie anzunehmen.

Die Plakate, die man eben jetzt überall bewundern kann, über deren Ausgestaltung, die bekanntlich Geschmackssache ist, nichts weiter gesagt werden soll, über deren Aussagewert, nämlich den Informationswert an die Bevölkerung, man sich aber doch unterhalten muß, beinhalten zwei Themen: die Wiener erfuhren, daß die Gemeinde Wien für 1969 ein Budget hat und erfuhren den Weihnachtsglückwunsch des Bürgermeisters. Das Budget wird dankenswerter Weise in den Zeitungen ausführlich behandelt. Ein Plakat darüber hätte man sich also ersparen können. Die Weihnachtswünsche hätte der Bürgermeister in seiner kommenden Radiorede den Wienern übermitteln können, so wie es die übrigen Spitzenfunktionäre auch tun. Er könne sich vorstellen, daß es gar nicht wenig Wiener gibt, die sich über die plakatierten Weihnachtswünsche, für die man 150.000 Schilling bezahlen mußte, gar nicht sehr freuen. Die Plakate, die wohl nichts anderes als Wahlpropaganda sind, brachten für niemanden als für die Druckerei Vorwärts Vorteile.

In der Folge beschäftigte sich der Redner mit dem Amtsblatt "Stadt Wien". Er bestätigte den Redakteuren, daß sie sich sichtlich bemühen, aus dem bis vor einem Jahr uninteressanten Informationsblatt eine lesbare Wochenzeitschrift zu gestalten. Zwar findet man regelmäßige Hofnachrichten über die beiden Großparteien, die Oppositionsparteien existieren aber für die "Stadt Wien" nicht. Selbst die Amtliche Wiener Zeitung kann es sich nicht leisten, ausschließlich über die Regierungspartei zu berichten und die Oppositionsparteien zu ignorieren.

Natürlich reichten bei den vielen Aufgaben, die der PID im vergangenen Jahr zu erledigen hatte, die ursprünglichen Mittel nicht aus. Bereits Ende September war die genehmigte Summe um 2,9 Millionen Schilling überzogen und es wäre interessant zu erfahren, wie hoch bis Ende Dezember die Überschreitung angestiegen sein wird. Für das Jahr 1969 sind für diese Zwecke 31,4 Millionen Schilling vorgesehen, ein Betrag, der in seiner Größenordnung etwa dem gleichkommt, den wir für den Neubau von Kindergärten genehmigt haben. Da dies seiner Fraktion nicht vertretbar erscheine, wird die Zustimmung dem Hauptstück XI nicht erteilt.

GR. Glatzl (ÖVP) beschäftigte sich zunächst mit dem Vorwurf, daß die Budgetdebatte unter einer Vorwahlstimmung abgehalten werde, was wohl niemand in diesem Haus bemerkt hat. Unter dem Beifall seiner Fraktion sagte er, daß sich die SPÖ redlich bemüht hat, das ÖVP-Wahlprogramm gut zu erfüllen. (Heiterkeit.) Die für die Wahl im Budgetansatz vorgesehenen 8,5 Millionen Schilling und die etwa gleichgroßen Summen, die jede Partei für ihre Wahlwerbung ausgeben wird, stellen seiner Meinung nach keine verlorenen Mittel dar, weil es Beträge für die Demokratie sind. Mit der Vorverlegung des Wahlalters habe man etwas für die Jugend getan, leider sei es nicht gelungen, die der älteren Generation entgegenkommende Briefwahl durchzusetzen.

Für die Wiener Feuerwehr sei das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen. Sie hat durch Intervention bei 2.000 Bränden dazu beigetragen, noch größeren Schaden zu verhindern. Vielleicht sollte man die Anschaffung eines Abschleppgerätes für Autos erwägen.

Dem Zivilschutz sollte mehr Augenmerk geschenkt werden. Wenn die primitivsten Schutzmaßnahmen fehlen, könnte im Ernstfall einmal unvermeßlicher Schaden entstehen.

Dann kam der Debattenredner auf den Presse- und Informationsdienst zu sprechen. Öffentlichkeitsarbeit, Information, sei an sich nichts schlechtes, das Geld dafür sei nicht verschwendet, es kommt aber darauf an, wie es gemacht wird. Das Wesentliche sei die Objektivität.

1964 wurden für Information der Wiener 7 Millionen ausgegeben, 1968 waren es 11 Millionen, für 1969 sind 32 Millionen vorgesehen. Im Presse- und Informationsdienst sind 51 Personen tätig, darunter 19 Redakteure. Auf Bundesebene werde pro Kopf der zu Informierenden weniger ausgegeben, als in Wien.

In Niederösterreich stehen für Informationszwecke nur lächerliche zwei Millionen im Budget. Jedenfalls werde man gerade im Wahljahr streng darauf achten müssen, daß in Wien wohl informiert, daß aber keine politische Propaganda gemacht werde. Beide Begriffe müßten streng getrennt bleiben.

Er habe von einem "neuen Amtsblattgefühl" gelesen, meinte Dr. Glatzl, aber noch nichts davon verspürt. Die Auflage des Amtsblattes sei auf 90.000 Exemplare erhöht worden. In Nr. 50 auf Seite 4 wurde kürzlich ausgesprochene Parteipropaganda betrieben.

Hinsichtlich des "Tages der offenen Tür" sagte der Debattenredner, von dieser Veranstaltung habe man gehört, sie wäre von 60.000 Menschen besucht worden, ein andermal war von 100.000 Besuchern die Rede. Es wäre interessant zu erfahren, wie das gezählt wird.

Der Rathausmann ist ein Symbol für alle Wiener, er soll nicht parteipolitisch verformt werden.

Am Schluß seiner Ausführungen stellte GR. Dr. Glatzl drei Anfragen: In der ersten wird nach der Auflagenhöhe und den Kosten der Plakate des Presse- und Informationsdienstes gefragt,

Die zweite Anfrage beschäftigt sich mit den Gesamtkosten der "Wiener Jubiläumsausstellung 1968".

In der dritten Anfrage wird danach gefragt, welche Journalisten und freie Mitarbeiter im Jahre 1968 zur Abfassung verschiedener Publikationen des Presse- und Informationsdienstes herangezogen wurden, welche Aufträge diese Journalisten erhielten und wie hoch die ausbezahlten Honorare waren.

GR. Nimmerrichter (SPÖ) spricht von der guten Arbeit, die die Magistratsabteilung 69 bei den schwierigen Grundverhandlungen geleistet hat. Der Erwerb wird uns aber oft sehr schwer gemacht. So mußte zum Beispiel die Stadtverwaltung 1963, als sie mit der Assanierung des Lichtentals begann, einen Quadratmeterpreis von 700 S bezahlen, heute bereits 1600 S. Es gelang damals auch der Erwerb des halben Anteils der Liegenschaft Marktgasse 64 zum Preis von 100.000 S für 100 Quadratmeter. Die Besitzerin der zweiten Grundhälfte verweigerte den Verkauf an die Stadt Wien und hat nun von einer Ölfirma einen Quadratmeterpreis von 6000 S erhalten.

Derartige Beispiele zeigen, wie notwendig die Schaffung eines geeigneten Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes wäre. Großzügige Assanierungen wären jedoch in vielen Teilen unserer Stadt, so vor allem in den inneren Bezirken, notwendig. Der Redner verweist darauf, daß zum Beispiel der 9. Bezirk äußerst dicht verbaut ist, einen großen Durchzugsverkehr und die schlechteste Luft in Wien hat. Für die Jugend stehen in diesem Bezirk keine Spiel- und Sportplätze, kein Kinderfreibad und keine entsprechenden Grünflächen zur Verfügung. Da auch der überwiegende Teil der Wohnhäuser veraltet ist, versuchen immer mehr, vor allem junge Menschen, in anderen Bezirken eine Wohnung zu bekommen.

Die Feuerwehr hatte eine starke Zunahme an Ausfahrten zu verzeichnen. Allein 2448 Einsätze waren zur Behebung von Verkehrssperren notwendig. Die Feuerwehr müßte, um ein schnelleres und müheloseres Beseitigen von falsch geparkten Kraftfahrzeugen zu erreichen, mit entsprechend modernen Geräten ausgerüstet werden.

GR. Dr. Habl (ÖVP) begrüßt die Wiederverlautbarung der Wiener Stadtverfassung, deren Novellierung im Oktober 1965 erfolgte. Seine Fraktion habe ja wegen der Drucklegung bereits im März 1967 eine Anfrage gestellt. Die erste Verordnung des Stadtsenates liegt 40 Jahre zurück, dazu gab es dann immer nur kleine oder größere Novellierungen. Besonderer Dank gebühre dem leider so früh verstorbenen Senatsrat Dr. Schütz, der zu dieser Verfassung einen hervorragenden Kommentar ausgearbeitet hat. Dr. Schütz hätte auch als Wissenschaftler seinen Weg gemacht. (Allgemeiner Beifall.)

Der Redner regt an, auch jene Bestimmungen über die Geschäftsordnung, die im zweiten Hauptstück enthalten sind, zu reformieren und zu novellieren.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß die Verhandlungen über das Wiener Budget - es handelt sich schließlich um ein Milliardenbudget - im Schatten des Nationalrates vor sich gehen. Vielleicht könnte, ähnlich wie es im Parlament gehandhabt wird, auch ein äußeres Zeichen auf dem Wiener Rathaus angebracht sein, als Symbol, daß hier getagt und beraten wird.

Das von uns allen aufgebrachte Geld wird im großen und ganzen zweckmäßig verwendet. Wenn wir gelegentlich einmal einer Vorlage nicht zustimmen, dann zumeist deswegen, weil wir für die Einhaltung der Zweckbestimmung sind.

Der Redner freut sich, daß die Errichtung eines Kindertagesheimes und einer Schule auf dem Küniglberg durch einen Grundankauf gesichert werden konnte. Es war ein gemeinsamer Antrag, der dazu führte. - Dem Assanierungsgesetz wünschte er ein baldiges Kommen. Ebenso dem Baulandsteuergesetz. Aber leider seien bisher nur unbrauchbare Magistratsentwürfe vorhanden.

Unbefugte Gewerbeausübung: Die Gewerbebefreiheit soll ermöglichen, daß man leichter zu einer Berechtigung gelangt. Das Problem sei nicht die Nachbarschaftshilfe, sondern der Umstand, daß jedem "Zahlen" auch ein "Bekommen" gegenüberstehen müsse. Nur so bliebe alles in geordneten Bahnen.

Zivilschutz: Diese Vorsorge für den Krisenfall ist ebenso wie die Bevorratung ein Element der Neutralitätspolitik.

Den Ansätzen der Geschäftsgruppe gibt er namens der ÖVP die Zustimmung.

GR. Paulas (SPÖ) meint, GR. Karger würde bei aufrichtiger Lektüre der Statistik seine Meinung über Wirtschaftstreibende revidieren müssen, die ÖVP hingegen ihre Meinung hinsichtlich des "Herausstreichens" der Leistungen der Stadt Wien. Für so große Leistungen sei wahrhaft wenig genug für Informationen darüber "verschwendet" worden.

Daß die Gewerbebewegung in allen Bezirken zahlenmäßig zurückgeht - mit Ausnahme der sogenannten Entwicklungsrandbezirke - sei vorwiegend dem Steuerfinden der Regierung zu danken. "Man denke nur an die Mietzinsbelastungen für Lokale ab 1. Jänner 1969".

Abschließend lobte der Redner die Förderungs- und Kreditmöglichkeiten der Stadt Wien für die "irtschaft der Bundeshauptstadt. Nicht weniger als 1.200 Fremdenverkehrsbetriebe haben sich bereits des Getränkesteuerkredites bedient. (Kreditumfang bis 150.000 Schilling, zinsfrei. Laufzeit 5 Jahre, bei ordnungsgemäßer Rückzahlung Erlassung der Hälfte des Kreditbetrages). Der Redner wies darauf hin, daß gerade diese Kreditaktion in den anderen Bundesländern mit großem Interesse verfolgt wird.

Paulas erklärte, daß seine Fraktion, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI zustimmen werde.

Schlußwort

Im Schlußwort ging Stadtrat Dkfm. Hintschig auf die Beiträge der verschiedenen Debattenredner ein und erwiderte insbesondere die Kritik am Presse- und Informationsdienst. Die Stadtverwaltung nehme ihre Informationsverpflichtung sehr ernst, die Informationen seien sachlich und wahrheitsgetreu. Weder von Parteipolitik noch von Wahlpropaganda könne die Rede sein. Den von Gemeinderat Dr.Hirnschall gezogenen Vergleich Pisa - Krebs wies der Stadtrat als unzutreffend zurück: "Staatssekretär Pisa ist ein Mann mit eindeutigen politischen Ambitionen, OMR. Dr.Krebs ein weisungsgebundener Beamter". Hintschig sagte, er halte die gemachte Äußerung für unfair. Denn ein Beamter, der im Gemeinderat von den Politikern angegriffen werde, könne sich nicht verteidigen.

Bei der Abstimmung wird das Kapitel XI mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Budget 1969 beschlossen

Danach gelangte das Wicner Budget 1969 zur Abstimmung. Es wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Anschließend wurde auch der Antrag zur Überprüfung der Gebühren und Tarife angenommen, und zwar mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Zwei neue Boltzmann-Institute
=====

20. Dezember (RK) Im Pavillon XVII, Kinderabteilung des Alterskrankenheimes Lainz, sowie im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien wurden zwei neue Ludwig Boltzmann-Institute errichtet. In Anwesenheit des Präsidenten der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft Prof. Dr. Marinelli und Vizepräsident Gemeinderat Dozent Dr. Gisel, Vertreter der Magistratsabteilung 17 und der Abteilungsvorstände Primarius Dr. Andreas Rett und Primarius Dr. H. Gross wurde gestern nachmittag die feierliche Eröffnung vorgenommen. Das Institut in der Kinderabteilung gilt der Erforschung kindlicher Hirnschäden, das im Psychiatrischen Krankenhaus der Erforschung von Mißbildungen des zentralen Nervensystems. Durch die Errichtung der beiden Boltzmann-Institute sind langfristige Forschungsaufgaben und Forschungsarbeiten finanziell sichergestellt.

Vizepräsident Dozent Dr. Gisel dankte der Stadt Wien dafür, daß die beiden Institute in städtischen Spitalern aufgenommen wurden.

Professor Dr. Marinelli erklärte, die beiden Wissenschaftler und ihre Mitarbeiter garantieren dafür, daß die Prinzipien, nach denen die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft Fondsmittel vergibt, erfüllt werden, Voraussetzung für die Gründung von Boltzmann-Instituten ist nämlich, daß eine produktive Forschung betrieben und die Ergebnisse praktischer und nicht theoretischer Natur sind.

- - -

Neuer Leiter in der Magistratsabteilung 27
 =====

20. Dezember (RK) Heute früh wurde Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Franz Balbier als neuer Leiter der Abteilung für Wohnhäusererhaltung in sein Amt eingeführt. Gleichzeitig fand die Verabschiedung des bisherigen Abteilungsleiters, Senatsrat Dipl.-Ing. Josef Cermak statt, der in den Ruhestand tritt. Der Amtseinführung wohnten die Stadträte Bock und Suttner, Magistratsdirektor Dr. Ertl sowie Stadtbaudirektor Prof.Dr. Koller bei. Der Stadtbaudirektor würdigte die Verdienste des scheidenden Abteilungsleiters und verabschiedete ihn mit herzlichen Worten. Seinem Nachfolger wünschte er viel Erfolg für die Tätigkeit in seinem verantwortungsvollen Amt und überreichte ihm das Ernennungsdekret.

- - -

Führungen in der Kauffmann-Ausstellung
 =====

20. Dezember (RK) In der Ausstellung "Angelika Kauffmann und ihre Zeigenossen", die vom Kulturamt der Stadt Wien im Österreichischen Museum für Angewandte Kunst veranstaltet wird, findet täglich um 17 Uhr, Sonn- und Feiertag auch um 10.30 Uhr, eine kostenlose Führung statt.

In den nächsten Tagen führen:

Montag,	23.12.1968,	17.00 Uhr,	Birgit Verena Karnapp
Dienstag,	24.12.1968,		geschlossen
Mittwoch,	25.12.1968,	10.30 Uhr,	Dr. Elisabeth Mensa
		17.00 Uhr,	Dr. Hans Bisanz
Donnerstag,	26.12.1968,	10.30 Uhr,	Dr. Elisabeth Mensa
		17.00 Uhr,	Prof. Dr. Hugo Ellenberger
Freitag,	27.12.1968,	17.00 Uhr,	Dr. Elisabeth Mensa
Samstag,	28.12.1968,	17.00 Uhr,	Dr. Franz Windisch-Graetz
Sonntag,	29.12.1968,	10.30 Uhr,	Birgit Verena Karnapp
		17.00 Uhr,	Dr. Elisabeth Mensa
Montag,	30.12.1968,	17.00 Uhr,	Birgit Verena Karnapp
Dienstag,	31.12.1968		geschlossen

- - -

90. Geburtstag von Karl Przibram
=====

20. Dezember (RK) Am 21. Dezember vollendet der Physiker Univ.-Prof. i.R. Dr. Karl Przibram das 90. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er sich 1905 an der Universität als Privatdozent für Physik habilitierte. 1926 begann seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit am Institut für Radiumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, deren wirkliches Mitglied er ist. 1940 übersiedelte er nach Brüssel, 1946 kehrte er in seine Vaterstadt zurück. 1947 erfolgte seine Berufung zum Ordinarius für Physik und Vorstand des II. Physikalischen Instituts. Seine speziellen Arbeitsgebiete sind Kernphysik und die Lumineszenz. Przibram befaßte sich aber auch mit den elektrischen Entladungen in Gasen und Flüssigkeiten sowie mit allen Fragen, die die Ionen betreffen. Seine reiche publizistische Tätigkeit fand vor allem in den Sitzungsberichten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ihren Niederschlag. Selbständige Schriften sind u.a. "Radiumaktivität", "Die kinetische Theorie der Gase und Dämpfe", "Die elektrischen Figuren", "Die Ionen in Gasen". Karl Przibram gehört zu den bedeutendsten österreichischen Physikern und zu den markantesten Persönlichkeiten der Fachgelehrten unseres Landes. In Würdigung seiner hervorragenden Leistungen wurde ihm 1955 der Preis der Stadt Wien für Naturwissenschaften verliehen.

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

20. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 5 S, Weißkraut 2,50 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Äpfel: Qualitätsklasse Kochobst 3 bis 4 S, Orangen 5,50 bis 7 S je Kilogramm.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Debatte über Stadtwerke

=====

20. Dezember (RK) Der erste Debattenredner war GR. Karger (KLS), der eingangs die starke Behinderung des Straßenbahnverkehrs auf der Mariahilfer Straße erwähnte. Immer wieder komme es vor, daß die Züge wegen der nicht vorankommenden Autos halten müßten. Bei Garnituren mit offenen Wagen steigen bei diesen unfreiwilligen Aufhalten Passagiere ein und aus, wodurch es bereits zu Unfällen gekommen sei. Es wäre besser, für die Strecke der Mariahilfer Straße Garnituren mit geschlossenen Wagen zu verwenden.

Dann stellte GR. Karger den Antrag, die Autobuslinie Kaiser-mühlen - Biberhaufen bis zum Siegesplatz zu verlängern, um für die Bewohner dieses Gebiets bessere Verkehrsbedingungen zu schaffen.

Erfreulich sei, daß bei den Gaswerken trotz gleichen Personalstandes die Leistung gestiegen ist - dank der guten Arbeit der Bediensteten. Ab Mitte 1969 werde die Kohlenentgasung eingestellt: der Wert der Kohle ist in den Ansätzen für 1969 jedoch in nahezu gleicher Höhe - nämlich 108,2 Millionen Schilling - enthalten. Obwohl die Einstellung der Kohlenentgasung schon seit längerem geplant sein müsse, befindet sich im Werk Leopoldau ein neuer Koks-kran im Wert von 10 Millionen Schilling, der noch nicht aufgestellt wurde. Gleichfalls für Leopoldau wurde ein neues Transportband für Kohle angeschafft, obwohl es billiger gewesen wäre, das alte Kohlentransportband zu reparieren.

Bei den Gaswerken hat die Rationalisierung große Fortschritte gemacht und die Umstellung auf Erdgas wird weiter in dieser Richtung wirken.

Bedauerlich sei die Senkung der Fahrleistung bei den Verkehrsbetrieben. Hoffentlich ist damit nicht eine weitere Verlängerung der Intervalle verbunden. Was wir brauchen, sei nämlich eine bessere Dienstleistung, mehr Bequemlichkeit, eine raschere Beförderung und eine ausreichende Beheizung aller Wagen im Winter.

Der Weg zur Sanierung der Wiener Stadtwerke dürfte nicht immer nur in Preiserhöhungen gesucht werden. Die Stadt Wien müßte endlich auch auf die Einhebung der Gebrauchsgebühr verzichten. Daneben müßte auch die Beförderungssteuer wegfallen und überdies ein Bundesbeitrag geleistet werden.

Eine interessante Arbeit über die wirtschaftliche Entwicklung von Verkehrsbetrieben hat Prof. Dr. Voigt, Hamburg, angestellt. Er kam zu dem Schluß, daß es die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver machen würde, wenn man von Fahrpreiserhöhungen absieht oder vielleicht überhaupt keinen Fahrpreis verlangt. Man müßte in dieser Richtung auch für Wien Überlegungen und Überprüfungen anstellen. Ein erster Schritt wäre die Herstellung des Einheitstarifes auf allen Verkehrsmitteln.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß sich die Inangriffnahme des U-Bahn-Projektes so lange hinausgezögert hat und daß das Schnellbahnkonzept überhaupt nicht mehr zur Diskussion steht.

Als falsch bezeichnet es der Redner, aktive Betriebe wie Gas- und E-Werke mit den Verkehrsbetrieben zu koppeln und dadurch eine günstigere Entwicklung bei den erstgenannten zu verhindern.

Den Wirtschaftsplänen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) stellt fest, daß der Verlust bei den Verkehrsbetrieben immer größer werde. Hatten wir vor einigen Jahren noch ein tägliches Defizit von einer Million, so ist es jetzt bereits auf 2,5 Millionen täglich angewachsen.

Bei den E-Werken ist der Stromverbrauch zwar weiter gestiegen, er könnte jedoch noch viel höher sein, hätte man die entsprechenden Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau des Leitungsnetzes vorgenommen.

Auch bei den Gaswerken sei die Abgabemenge gestiegen, aber wie bei den E-Werken werden auch hier die Beschwerden über mangelnde Zuleitungen nicht verstummen. Umgekehrt sei es bei den Verkehrsbetrieben, deren Beförderungsleistung dauernd zurückgehe. Was vor allem mangle, sei ein attraktiver Kundendienst, richtige Anschlüsse und wenigstens das Anschlagen von Fahrzeitentafeln, wenn man diese Fahrzeiten auch nicht einhalten könne.

Die voraussichtlichen Verluste der Stadtwerke führt GR. Peter auf die gesamtösterreichische Wirtschaftsführung zurück und die Lohn-Preis-Spirale. Der Tilgungsplan sieht einerseits Rückzahlungen, andererseits neue Kreditaufnahmen vor. Wozu sei das gut? Bei 78,2 Prozent Fremdkapital und 21,8 Prozent Eigenmitteln ist man konkursreif und normalerweise wäre das Ende in der Riemergasse zu finden.

"Was heißt übrigens prolongieren? Wenn man weiß, daß der Schuldner sowieso nicht zahlen kann, kann man ihm's ja gleich schenken!" Der Redner zitiert Hugo Breitner, der wohl auch Kredite aufgenommen habe, jedoch grundsätzlich nur für die ersten Jahre. "Ich und der Breitner sagen dasselbe, nur war er halt ein Genie und ich bin von der Opposition".

Die Verkehrsbetriebe lassen sich Tunnels schenken, das ändere jedoch nichts an der Liquidität des Unternehmens. Auf die Bauwerke wird keine Bank auch nur 50 Schilling leihen.

"Nicht einmal der Wille zur Sanierung ist da". Wenn Wien Weltstadt werden will, müsse es auch Fremdenverkehrsstadt sein. Das heißt, daß der Verkehr in Ordnung gebracht werden müsse. Der freiheitliche Gemeinderat wies auf jenes Konzept hin, das seine Fraktion schon im vorigen Jahr für die städtischen Unternehmungen präsentiert hat und das im wesentlichen aus fünf Punkten besteht: Aufstockung des Eigenkapitals; Entschuldungsaktion von unnützen Lasten; Abbau der Fremdlasten, nur mehr Gewährung kommerziell vertretbarer Mengenrabatte; Einsparungen durch Rationalisierung; schließlich Ertragssteigerung durch Investitionen und durch die Verbesserung des Kundendienstes. Daß man dieses Konzept nicht berücksichtigt habe, sei mit ein Grund dafür, daß die FPÖ dem Wirtschaftsplan für die städtischen Unternehmungen nicht zustimmen werde.

Als nächster Redner beschäftigte sich GR. Dr. Krasser (ÖVP) mit der Energieversorgung. Sie sei in Wien preiswert und auch billiger als in den anderen Bundesländern. Damit bilde sie einen Preisstabilisator in der Wiener Wirtschaft. Dem steigenden Stromverbrauch muß durch erhöhte Stromerzeugung und die Sanierung der Leitungsnetze rechtzeitig Rechnung getragen werden. Die derzeitige Quote der Eigenstromerzeugung (1968: 66 Prozent) soll gehalten werden, da Eigenstrom billiger ist als Fremdstrom. An die Adresse der Stadtplanung richtete der Redner die Aufforderung, schon jetzt den Standort für ein künftiges Kernkraftwerk im Raum Wien festzulegen, um nichts zu versäumen.

Die Gaswerke, sagte Dr. Krasser, die noch im vorigen Jahr Zuschüsse an die Verkehrsbetriebe geleistet haben, geraten allmählich in die Verlustzone. Das geht auf das verteuerte Erdgas und die steigenden Personalkosten zurück. Andererseits darf Wien froh sein, daß durch die Verträge mit der Sowjetunion der Erdgasbezug trotz des Zurückgehens der eigenen Vorkommen weiter gesichert ist.

GR. Busta (SPÖ) nimmt zu dem Energiekonzept, zu einer angestrebten Novellierung des Städtischen Bestattungswesens und zu den Auswirkungen einer möglichen Arbeitszeitverkürzung bei den personalintensiven Verkehrsbetrieben Stellung. Die Bestrebungen, Wien zu einem Bestandteil eines integrierenden Gesamtkonzeptes für Österreich zu machen, sind von vielen Interessenten debattiert worden. Was die Regierung freilich nicht dazu veranlaßte, ein solches Energiekonzept zu erstellen, weil offensichtlich Sonderinteressen berücksichtigt wurden. Die Arbeiterkammer, erarbeitete trotzdem einen Konzeptvorschlag unter dem Titel "Beiträge zu einem Energiekonzept". Fragt man, wozu ein solcher Energieplan notwendig sei, möge man doch darüber nachdenken, wie sich etwa ein Stromausfall auf die Wirtschaft auswirkt. Außerdem muß angestrebt werden, den Verbraucher einschließlich dem Letztverbraucher die jeweils billigsten Energiequellen zur Verfügung zu stellen und die Energien im benötigten Umfang sicherzustellen.

Dies bringt natürlich schwierige Koordinationsprobleme, die in ein solches Konzept einbezogen werden müssen. So etwa, daß man nicht für die Ewigkeit konzipieren kann, sondern auf die technische Entwicklung Rücksicht nehmen, also ununterbrochen weiterplanen muß.

Zusammenfassend also: Eine Vorausschau auf die Entwicklung der Energiequellen, eine bestmögliche Ausnützung auswärtiger Energiequellen und die Koordination aller Verbraucherinteressen, wobei das öffentliche Interesse gegenüber den Privatinteressen in den Vordergrund gestellt werden muß.

Bezüglich einer Änderung in den Bestimmungen der gesetzlich verankerten Rechte der Städtischen Bestattung erinnerte der Redner daran, daß im Juli 1907, Dr. Lueger den Konkurrenzkämpfen privater Bestattungsgesellschaften am Totenbett ein Ende bereitete. Die Bundeskammer versuchte nun, auch auf diesem Gebiet den freien Konkurrenzkampf wieder einzuführen. Glücklicherweise sei es bei einer Aussprache gelungen, daß die Regelung Luegers als weiterbestehend anerkannt wird.

GR. Busta schloß mit der Feststellung, daß die Arbeitszeitverkürzung auch für die Verkehrsbetriebe von großer Bedeutung sein und der Direktion viel Kopfzerbrechen bereiten werde, wenn die Realisierung erfolgt.

Der nächste Debattenredner, GR. Kowarsch (ÖVP), verwies auf einen eklatanten Widerspruch: einerseits sollen die Verkehrsbetriebe nach kommerziellen Grundsätzen geführt werden, andererseits sind ihnen von der Hoheitsverwaltung Soziallasten auferlegt, die sich mit einer kaufmännischen Betriebsführung nicht vereinbaren lassen. Allein durch die Sozialtarife entgehen den Verkehrsbetrieben pro Jahr rund 304 Millionen Schilling.

Bei kaufmännischer Führung müßten verschiedene Linien eingestellt werden. Natürlich könne hier nicht nach dem Rentabilitätsprinzip vorgegangen werden. Im Gegenteil: die Streckenführung auch schwach frequentierter Linien müßte mitunter sogar verlängert werden.

Im Gegensatz dazu seien Gaswerke, E-Werke und die Bestattung sehr wohl in der Lage, den Betrieb nach kommerziellen Gesichtspunkten zu führen.

Der Redner rechnete vor, daß man die normalen Fahrpreise der Verkehrsbetriebe um 2.50 Schilling erhöhen müßte, um kostendeckend zu arbeiten. Das gehe aber nicht. Man müsse also das Defizit zur Kenntnis nehmen, damit der Verkehr erhalten werden könne. Hingegen könnte es attraktiv sein, auch an Sonn- und Feiertagen den Kurzstreckentarif einzuführen, und zwar ohne zeitliche Begrenzung. In diesem Sinne stellte der Redner auch einen Antrag.

Angesichts des Personalmangels wäre die baldige Einführung der 40-Stunden-Woche bei den Verkehrsbetrieben katastrophal. Jetzt schon machen Bedienstete des Fahrdienstes 14 bis 16 Überstunden wöchentlich, um wenigstens den Fahrplan nicht zusammenbrechen zu lassen. Im übrigen wäre es gut, einmal genau die Altersstruktur der Verkehrsbetriebe-Bediensteten zu untersuchen, damit man den künftigen Abgang genau prognostizieren könne.

Abschließend stellt der Redner fest, daß es bei den Verkehrsbetrieben vielleicht noch manches zu sagen und auszusetzen gäbe, das sei aber bei jedem Betrieb so. Man dürfe aber auch nicht die vielen positiven Leistungen vergessen, die täglich erbracht werden.

Seine Fraktion werde dem Kapitel zustimmen.

GR. Nekula (SPÖ) verweist darauf, daß E- und Gaswerke reine Erzeugungsbetriebe sind, zum Unterschied von Verkehrsbetrieben und Bestattung als reine Dienstleistungsbetriebe. Die Sozialtarife der Verkehrsbetriebe kommen jedoch nicht nur den Arbeitnehmern zugute, sondern auch den Arbeitgebern.

Die E-Werke werden durch die Errichtung eines zweiten Werkes weitgehend vom Freileitungsnetz unabhängig sein. Die Stromversorgung einer Stadt sei sehr anfällig, wenn sie auf Freileitungen angewiesen ist. Wenn wir diese zwei Standorte haben, wird die Stromversorgung weitgehend sichergestellt.

Das Gaswerk hat durch die Erdgasverträge die Versorgung für die nächsten zwei Dezennien sichergestellt. Auch für die Spitzenabdeckung ist genügend Reserve vorhanden. Der vor einigen Tagen in Betrieb genommene Schraubengasbehälter kann 1,8 Millionen Kubikmeter speichern.

Die Erzeugung von Stadtgas auf Erdgas umzustellen, müßte genau überlegt werden, weil dies große Belastungen für die Bevölkerung bringen könnte.

Die durch die Tarifregulierung bei den Verkehrsbetrieben seinerzeit erwarteten Mehreinnahmen von 240 Millionen, werden durch die Bezahlung der privaten Autobuslinien wegen Einbeziehung in die Tarifgemeinschaft, Provision für den Fahrscheinverkauf in den Trafiken und durch die Gehaltserhöhungen aufgesogen, ja noch weit überschritten. Es müßten daher noch mehr Möglichkeiten für Rationalisierungen geschaffen werden. Im Ausland gibt es außer den Fahrscheinentwertern, die sich auch bei uns bereits bestens bewähren, an den Stationen Fahrscheinautomaten, auch sie würden helfen, Personal zu sparen.

Besonders erfreulich sei, daß ab kommenden Jahr alle Triebwagen und Beiwagen mit Schienenbremsen ausgestattet sein werden; ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit.

Leider vermisste man im Verkehrskonzept des Bundes - in dem es zwar heißt, jeder Verkehrsträger habe Anspruch auf gleiche Behandlung durch den Staat - entsprechende Maßnahmen für Wien. Es wurde bisher nicht auf die Einhebung der Beförderungssteuer verzichtet und im Verkehrskonzept des Bundes sind keine Mittel für den Ausbau der Schnellbahn von Meidling nach Hütteldorf. Es wurde vielmehr erklärt, daß eine Elektrifizierung dieser Strecke in den nächsten Jahren nicht in Betracht käme. Der Redner hat versucht, die ÖVP-Forderungen, die während der Budgetdebatten aufgestellt worden sind, zu addieren: Es wären zusätzlich 5,5 Milliarden notwendig. Man hat zwar gefordert, aber nicht gesagt, wie man sich eine Bedeckung vorstelle.

Abschließend stimmt der Redner namens seiner Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XII zu.

Schlußwort

Stadträtin Dr. Schaunmayer kommt in ihrem Schlußwort zunächst auf die Verkehrsbetriebe zu sprechen. Selbstverständlich ist man bestrebt, überall automatische Türen zu verwenden. Man ist sich aber sehr wohl auch der besonders für alte Menschen negativen Seiten dieser Konstruktion bewußt.

Gaswerk Leopoldau: Es besteht keine Anordnung zur Einstellung des Kohlengasbetriebes. Gegenwärtig deckt dieser übrigens acht Prozent der Stadtgaserzeugung!

Die Gebrauchsgebühren werden im kommenden Budgetjahr von der Finanzverwaltung gestundet werden. Es ist zu hoffen, daß es auch in Zukunft dabei bleiben wird.

Die Prolongationen seien ein erster Schritt, der hoffentlich zur Schenkung führen werde.

Tunnel: Verkehrsbauwerke "einzubringen", sei bei Verkehrsbetrieben durchaus gebräuchlich. Man solle bei Vergleichen mehr die Relationen berücksichtigen.

Die Sperren bei den Leitungsnetzen der E- und Gaswerke, hoffe man im kommenden Jahr zum Teil "aufmachen" zu können.

Zum Umspannwerk Zedlitzhalle wird bemerkt, daß selbstverständlich Rücksichten auf die Ringstraßen-Architektur genommen würden.

Hinsichtlich eines Kernkraftwerkes gehe man realistisch an die Überlegung einer solchen Sache heran.

Bei der Erdgasumstellung werden selbstverständlich soziale Momente Berücksichtigung finden. Man hege bereits Absprachen zwischen Industrie und Installateuren.

Ein Energiekonzept, wie es von der Arbeiterkammer im Sommer angeboten wurde, hätte sich als nicht föderalistisch und nicht Wien-freundlich erwiesen. Wir brauchen ein eigenständiges Konzept. Die Rednerin bekennt sich zum Föderalismus und ganz besonders in diesem Falle zu einem Föderalismus auf dem Energiesektor.

Die Stadträtin erklärte, sie wolle der Problematik der Arbeitszeitverkürzung nicht ausweichen. Aber es entstehe vielfach der Eindruck, als habe es seit Jahrzehnten keine Arbeitszeitverkürzung gegeben. Außerdem: Was an Arbeitszeitverkürzungen etwa bei den Produktionsunternehmungen Gaswerk und E-Werk leicht denkbar sei, entferne sich bei dem Dienstleistungsbetrieb Verkehrsbetriebe zusehends aus dem Bereich des Möglichen.

Die Stadträtin gab jenem Debattenredner recht, der Entlastungsmaßnahmen für die Verkehrsbetriebe gefordert hatte: Im nächsten Jahr werden die Mitglieder des Gemeinderates die Berichte über die Tarife der Stadtwerke unter Ausgliederung der betriebsfremden Lasten erhalten, was sicherlich eine ausgezeichnete Entscheidungsgrundlage bilden werde.

Zu den Auflagen der Aufsichtsbehörde: Die Stadträtin bekannte sich zum Vorrang der Sicherheit im Massenverkehr. Dieser Vorrang dürfe aber keinesfalls ein Fetisch werden, der die Rationalisierung hemmt.

Schwarzfahrer: Die Entwicklung wird genau beobachtet, im nächsten Jahr werden die Zivilkontrollen verstärkt.

Bei der Abstimmung werden die Wirtschaftspläne der Stadtwerke für 1969 mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die beiden in der Debatte gestellten Anträge wurden einstimmig dem Gemeinderatsausschuß XII zugewiesen.

Restliche Tagesordnungspunkte

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) beantragte, Ziv.-Ing. Rupert Schickl mit der Ausarbeitung einer Studie zum Ausbau der Linien 4 und 5 im Raum Meidling zu beauftragen.

Der Antrag wurde einstimmig ohne Debatte angenommen.

Stadtrat Kurt Heller (SPÖ) stellte den Antrag, die Errichtung einer Großgrünanlage sowie die Durchführung einer Wiener Internationalen Gartenausstellung im Jahr 1974 in Ober-Laa grundsätzlich zu genehmigen und den Maigstrat zu beauftragen, die Vorarbeiten einzuleiten und einen internationalen Ideenwettbewerb durchzuführen.

Der Antrag wurde einstimmig ohne Debatte angenommen.

GR. Dr. Strobl (ÖVP) beantragte, den vorgelegten Strukturplan für die Ausgestaltung des Inzersdorfer Friedhofes zu genehmigen.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ) beantragte verschiedene Baumaßnahmen zur zusätzlichen Wassergewinnung im Schöpfwerk Wöllersdorf.

Der Antrag wurde einstimmig ohne Debatte angenommen.

Anschließend referierte Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ) über die verfrühte Totalrückzahlung des 24 Millionen DM-Kredites an die Deutsche Bank durch die Hoheitsverwaltung, der als Investitionskredit für die Wiener Stadtwerke-E-Werke aufgenommen worden war.

Er begründete diese Maßnahme mit der möglichen Aufwertung der D-Mark, wodurch sich die Kreditschuld um eine beträchtliche Summe erhöht hätte. Da die E-Werke derzeit nicht in der Lage sind, den Kredit an die Hoheitsverwaltung zurückzuerstatten, schlage er vor, daß die Stadtwerke bis Jahresende eine erste Rückzahlungsrate von 12,8 Millionen, dann halbjährlich Raten von je elf Millionen Schilling und eine letzte von zwölf Millionen Schilling zu leisten haben.

GR. Gawlik (SPÖ) stellt fest, daß sich die Finanzgruppe wieder einmal etwas einfallen habe lassen, um Schaden für die Stadt zu verhindern. Die Entscheidung stelle, und dies müsse in aller Deutlichkeit festgehalten werden, eine neue Subventionsmaßnahme an die Stadtwerke dar.

Unter heftigen und erregten Zwischenrufen von seiten der ÖVP verlangte er ein Sanierungskonzept, das bisher von keinem der zuständigen ÖVP-Stadträte entwickelt worden ist. Man sei sehr erstaunt, daß dies bisher auch dem "As der ÖVP", Stadträtin Dr. Schaumayer, nicht gelungen ist.

Abschließend stellte GR. Gawlik den Antrag, die Stadträtin für die Städtischen Unternehmungen solle dem Gemeinderat die Grundzüge eines Sanierungskonzeptes für die Wiener Verkehrsbetriebe vorlegen, wobei der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß es sich dabei um ein Sanierungs- und nicht um ein Subventionierungskonzept handeln wird.

Stadträtin Dr. Schaumayer (ÖVP) gab ihrer Überraschung Ausdruck, daß ein derartiger Antrag nach Schluß der Budgetdebatte von einem Mitglied des Gemeinderates, das nicht dem Gemeinderatsausschuß für die Städtischen Unternehmungen angehört, gestellt wurde. Sie stellte fest, daß von den Stadträten der Gruppe XII seit Nathschläger Sanierungskonzepte vorgelegt worden seien. Man möge nicht sie verantwortlich machen, wenn diese Konzepte nicht realisiert wurden.

Vizebürgermeister Slavik bezeichnete es im Schlußwort als durchaus im Recht des Gemeinderates liegend, einen derartigen Antrag zu stellen. Er stellte fest, daß keine Sanierungskonzepte vorgelegt worden seien; es hätte sich lediglich um Vorschläge für finanzielle Erleichterungen im Zusammenhang mit den Wiener Stadtwerken gehandelt.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPÖ wurde dem Gemeinderatsausschuß für die Städtischen Unternehmungen zugewiesen.

./.

Schlußansprache des Bürgermeisters

Zum Schluß der Sitzung ergriff Bürgermeister Bruno Marek das Wort. Er führte aus: "Der Gemeinderat hat soeben das Budget der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1969 beschlossen. Die Beratungen während der Budgetdebatte waren gewissenhaft und intensiv: dies geht schon daraus hervor, daß sich 75 Redner an der Debatte beteiligt haben. Es war auffallend, daß zwar manchmal leidenschaftlich, aber doch mit großer Sachlichkeit diskutiert wurde, daß die Mitglieder des Gemeinderates sich einer sehr fairen und sich gegenseitig achtenden Vorgangsweise befleißigten. Ich mache diese Feststellung mit großer Befriedigung, weil dies ein Beweis dafür ist, daß im Gemeinderat der Bundeshauptstadt über alle Parteigrenzen hinweg das entscheidende, das Wohl unserer Bürger, der weitere Ausbau unserer Stadt, der Fortschritt und das Gedeihen unseres Wien ist.

Das Budget 1969 ist aus mehreren Gründen interessant und beachtenswert: Erstens, weil es das letzte der 5. Verwaltungsperiode ist, zweitens, weil es das umfassendste, das größte Budget ist, das bisher von einem Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, drittens, weil darin in einem sehr hohen Maß für Investitionen vorgesorgt wurde, die nicht nur die Wiener Wirtschaft sondern darüber hinaus die gesamte österreichische Volkswirtschaft befruchtend beeinflussen und damit ein wertvoller Beitrag zur Vollbeschäftigung in unserem Land geleistet wird, und viertens, weil in diesem Budget 1969 der Beginn des U-Bahn-Baues sichtbar zum Ausdruck kommt.

Das Budget, meine Damen und Herren, das wir beschlossen haben, ist aber noch durch etwas gekennzeichnet: nämlich durch seinen Optimismus und die Bemühungen, in Wien eine Industrialisierungswelle in Gang zu bringen. Wir alle, meine Damen und Herren, sind uns bewußt, daß ein gesunder wirtschaftlicher Fortschritt nur möglich ist, wenn unsere Wirtschaftsstruktur modernisiert und zukunftsorientiert wird. Wir haben dieses Erkenntnis mit diesem Budget voll Rechnung getragen. In diesem Budget wurden Akzente gesetzt, mit denen den Zukunftsaufgaben unseres Gemeinwesens Rechnung getragen wird. Wir alle wissen,

daß eine U-Bahn nicht das Werk einer Generation sein kann und wir wissen auch, daß dererormmentechischen und gesellschaftlichen Entwicklung ständig Rechnung getragen werden muß.

Wenn im kommenden Jahr von der Stadt Wien mehr als 12.800 Wohnungen errichtet beziehungsweise deren Bau gefördert wird, so bedeutet dies, daß wir in der 5. Verwaltungsperiode mehr als 65.600 Wohnungen erbaut haben. Nehmen wir an, daß drei Personen in einer Wohnung Platz finden, so heißt dies, daß in der kurzen Zeitspanne von nur 5 Jahren fast 200.000 Wienerinnen und Wiener eine neue, moderne und menschenwürdige Wohnung bezogen haben werden. Diese Feststellung soll weder propagandistisch noch selbstbeweihräuchernd verstanden werden. Sie soll nur zeigen, daß Wien die Wohnungsfrage sehr ernst nimmt.

Ich habe schon eingangs gesagt, daß die Investitionen in unserem Budget einen sehr großen Platz einnehmen: Ja, meine Damen und Herren, wir können mit Stolz vermerken, und wir wollen dies auch tun, daß die Stadt Wien von 100 ausgegebenen Schillingen 29,50 investiert. Welch enormer Betrag, wenn man bedenkt, daß im Budget des Bundes nur 17,4 Prozent vorgesehen sind. Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich sage dies nicht aus Schadenfreude, sondern ich möchte damit nur sagen, daß wir Wiener uns bewußt sind, welche Aufgabe uns zufällt und daß wir darüber nicht nur reden, sondern sichtbar auch handeln.

Wie sehr unsere Bemühungen, die Stadt internationaler Organisationen zu werden, auch von höchster Stelle gewürdigt werden, geht aus einer Rede des UNO-Generalsekretärs U Thant hervor, der anlässlich der 23. Generalkonferenz der Vereinten Nationen sagte: "Wien erlangt in zunehmendem Maße einen internationalen Status als Amtssitz bedeutender Internationaler Organisationen und als Ort wichtiger Tagungen und Konferenzen der Vereinten Nationen."

Erst in jüngster Zeit, bei der letzten Generalkonferenz der UNESCO wurde beschlossen, daß das Internationale Institut für Musik, Tanz und Theater in den audio-visuellen Medien sich in Wien etablieren wird. Fimal mehr wird damit von internationaler Stelle aus dokumentiert, daß Wien als kulturelle Großstadt Europas, als Stadt der Begegnung gewertet wird.

Wir werden nicht müde werden, unser Bekenntnis zur Völkergemeinschaft Europas und darüber hinaus der ganzen Welt immer wieder zu erneuern. Wir sind auch in Zukunft bereit, unseren Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten und werden jederzeit unsere Tore weit offen halten zum Treffen aller, die guten Willens sind.

Lassen Sie mich nun nochmals zum Budget zurückkehren. Wir haben hier eine Woche lang intensivste Beratungen durchgeführt. Wochenlang mußten hiezu Vorarbeiten in den einzelnen Geschäftsgruppen geleistet werden. Ich möchte die Gelegenheit benützen, den Mitgliedern des Stadtsenates, allen voran Vizebürgermeister Felix Slavik, für Ihre hingebungsvolle und aufreibende Arbeit meinen herzlichen Dank zu sagen. Darüber hinaus ist es unsere Pflicht und unser aufrichtiges Bedürfnis, auch allen Bediensteten für ihre Arbeit im Interesse unserer Stadt zu danken. Stellvertretend für unsere hervorragenden Mitarbeiter möchte ich Herrn Magistratsdirektor Dr. Ertl, Stadtbaudirektor Prof. Dr. Koller, sowie Generaldirektor Dr. Reisinger nennen.

Wenn ich beim Danke sagen bin, dann glaube ich, meine Damen und Herren, dürfen wir die ganze Wiener Bevölkerung nicht vergessen, die in nimmermüder Arbeit erst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat und immer wieder schafft, daß wir in die Lage versetzt werden, ein solches Budget zu erstellen.

Erlauben Sie mir, daß ich abschließend Ihnen allen, meine Damen und Herren, und über diesen Saal hinaus, allen Wienerinnen und Wienern ein frohes Weihnachtsfest sowie ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr wünsche. Lassen Sie mich mit diesen Wünschen die Hoffnung verbinden, daß das kommende Jahr endlich ein Jahr des Friedens, ein Jahr der Menschlichkeit wird."

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Kleine Budgetdebatten-Statistik

=====

20. Dezember (RK) Die Wiener Budgetdebatte 1969, die heute um 16 Uhr im Rathaus zu Ende ging, hat genau 56 Stunden und fünf Minuten gedauert. Das bedeutet, daß die Mitglieder des Gemeinderates im Vergleich zum Vorjahr heuer zwei Stunden Sitzungsdauer "eingespart" haben. (Budgetdebatte 1968: 58 Stunden und 5 Minuten Sitzungsdauer).

Das längste Referat hielt Baustadtrat Kurt Heller (SPÖ) mit 1 Stunde und 40 Minuten; das kürzeste Referat erstattete Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP) mit 29 Minuten. Den Rekord der längsten Debattenrede stellte GR. Dr. Stemmer (SPÖ) auf, der zum Kapitel Kultur 1 Stunde und 25 Minuten sprach. Der kürzeste Debattenbeitrag stammte von Gemeinderat Paulas (SPÖ), der zur Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten 1 Minute lang redete.

- - - /

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Stadtbaudirektor Koller
=====

20. Dezember (RK) Heute mittag zeichnete Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek im Roten Salon des Wiener Rathauses im Beisein von Mitgliedern des Stadtsenates, des Gemeinderates und hohen Beamten der Wiener Landesregierung, Stadtbaudirektor Professor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien aus.

Der Bürgermeister würdigte den Menschen und Techniker Koller, der nicht nur alle Studien mit Auszeichnung abgeschlossen hat, sondern auch unermüdlich zum Wohle der Allgemeinheit tätig gewesen ist. Er erwähnte Kollers Mitwirkung bei der Erbauung der Großglockner Hochalpenstraße, bei der Errichtung der Höhenstraße und bei den Planungen für die Wiener Fußgängerpassagen. Auch sprach er über die Tätigkeit Kollers als Honorarprofessor an der Wiener Technischen Hochschule, wo der Stadtbaudirektor als einer der ersten Europäer Vorlesungen zum Thema Straßenverkehrstechnik hält. Abschließend gratulierte der Bürgermeister dem verdienten Beamten zur Vollendung des 60. Lebensjahres.

Der Stadtbaudirektor bedankte sich in einer sehr persönlich gehaltenen Ansprache für die hohe Auszeichnung.

Die Glückwünsche des Stadtbauamtes

Schon um 9 Uhr früh waren mehr als 50 leitende Mitarbeiter des Stadtbaudirektors in dessen Arbeitszimmer erschienen, um zu gratulieren. Obersenatsrat Dipl.-Ing. Anton Seda überbrachte dem Stadtbaudirektor die Glückwünsche der rund 8.000 Mitarbeiter des Wiener Stadtbauamtes. Er sagte, daß die Mitarbeiter der Stadtbaudirektion nicht nur das umfassende technische Wissen schätzen, das Prof. Koller zur Lösung großer Probleme befähigt. Sie schätzen vielmehr auch ganz besonders seine Aufgeschlossenheit allem Neuen gegenüber und den Umstand, daß er trotz beruflicher Überlastung immer Zeit für die kleinen Sorgen seiner Mitarbeiter hat. Seda überreichte ein Bild und eine Gratulationsmappe mit den Unterschriften der leitenden Beamten als Geschenke.

Namens der Personalvertretung und der Gewerkschaft sprach der Obmann der Hauptgruppe I der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Alfred Billmaier, Glückwünsche aus und überreichte einen Dürer-Band als Geschenk.

Prof. Dr. Rudolf Koller dankte für die Beweise der Freundschaft und der Zuneigung, die ihm nicht nur in dieser Stunde, sondern schon in der Vergangenheit erbracht worden sind. Er würdigte die verlässliche Zusammenarbeit mit allen Kolleginnen und Kollegen der Baudirektion und sagte von Herzen Dank für die vielen Glückwünsche und schönen Geschenke.

- - -

Kärntner Weihnachtsbäume für bedürftige Kinder
=====

20. Dezember (RK) Heute vormittag übernahm Wohlfahrtstadrätin Maria Jacobi im Zentralkinderheim vom "Weihnachtsmann" 55 Christbäume. Der Weihnachtsmann, der die Christbäume für bedürftige Kinder zur Verfügung stellt, ist die Kärntner Landesregierung, die auch den Weihnachtsbaum vor dem Wiener Rathaus spendete. Anschließend an die Übernahme der Christbäume, für die auch Schmuck und Kerzen mitgeführt wurden, fand im Zentralkinderheim eine Weihnachtsfeier statt.

- - -

Diplomfeier im Preyer'schen Kinderspital
=====

20. Dezember (RK) Im Festsaal des Preyer'schen Kinderspitals erhielten heute Vormittag zwölf neu ausgebildete Säuglings- und Kinderschwestern nach dreijähriger Lehrzeit durch Personalstadtrat Hans Bock in Anwesenheit von Direktor Prof. Walter Svoboda und Prim. Dr. Hans Czermak ihre Diplome überreicht. Sechs Teilnehmerinnen hatten mit Auszeichnung bestanden, eine davon kam aus dem afrikanischen Staat Tan-sanja (früher Tanganjika). Stadtrat Bock sprach von der Bedeutung ihres Berufes, und wünschte ihnen viel Freude und Erfolg in ihrer künftigen Tätigkeit.

- - -